

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 234

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis freibleibend.

Halver

Dienstag, den 27. November 1923

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf.
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
10 Goldpf. — Reten 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

23. Jahrgang

Meine Zeitung für eilige Leser.

* Der Sturz des Kabinetts Stresemann erfolgte im Reichstage mit 230 gegen 155 Stimmen.

* Die Postgebühren sind mit sofortiger Wirkung auf das Vierfache der bisherigen erhöht worden.

* Die deutschen Vertreter haben vor der Pariser Reparationskonferenz Darlegungen über die Zahlungsfähigkeit gemacht.

* Zwischen den rheinisch-westfälischen Industriellen und den französischen Beauftragten wurde ein Vertrag über die Kohlenlieferungen und die Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet abgeschlossen.

* Die englischen Finanzkreise, die sich für eine Anleihe von 50 Millionen Pfund für Deutschland interessierten, sollen durch den Kanzlersturz in Berlin veranlaßt worden sein, von dem Plan zurückzutreten.

Der Regierungswechsel.

Herr v. Kardorff Kanzlerkandidat?

Berlin, 24. November.

Die in der letzten Nacht erfolgte Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Stresemann war eigentlich nur noch eine Formsache. Im Reichstage sowohl wie außerhalb des Parlaments zweifelte kaum jemand an der Ablehnung des Vertrauensantrages und dem dann folgenden Rücktritt der Regierung. So kam es denn auch. Bei namentlicher Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wurden insgesamt 392 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 155, mit Nein 230. Sieben Stimmzettel wurden leer abgegeben. Damit hatte sich die Mehrheit gegen den bisherigen Kanzler entschieden und Dr. Stresemann begab sich alsbald zum Reichspräsidenten, um die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen. Reichspräsident Ebert beauftragte das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte bis zur Neubildung einer neuen Regierung. Für Stresemann stimmten nur die Antragsteller, Volkspartei, Zentrum und Demokraten, gegen ihn Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Bayerische Volkspartei, die Bayerischen Bauernbündler enthielten sich der Stimme.

Der heutige Tag war natürlich mit tausend Gerüchten über die Wahl des Nachfolgers und seiner Mitarbeiter, die politische Färbung der neuen Regierung und die Aussichten für die Zukunft ausgefüllt. Bis zum Abend kristallisierte sich aber aus dem Wust von Mitteilungen der schon bekannten Art die Tatsache heraus, daß der Reichspräsident nach vergeblichen Verhandlungen mit dem Volksparteiler Scholz und dem Zentrumsführer Marx den Abg. v. Kardorff zu sich berufen hatte. Das Zentrum soll durch den früheren Reichskanzler Fehrenbach seine Zustimmung zu einer Kanzlerschaft Kardorffs gegeben haben. Herr v. Kardorff gehört der Deutschen Volkspartei an, sein Kabinett würde wahrscheinlich den Charakter einer Regierung der Mitte — Volkspartei, Zentrum, Demokraten — haben.

Die Presse über den Kanzlersturz.

Inland.

In der Berliner Presse finden sich bei Beurteilung des Ereignisses viele Worte der Anerkennung für Dr. Stresemann, obwohl die durch die Parteistellung bedingte Kritik nicht schweigt.

So schreibt von den rechtsstehenden Organen die Deutsche Allgemeine Zeitung: In Deutschlands schwerster, schwerster Not stellte sich der schwebende Kanzler für das undankbare Amt des Leiters der Reichsgeschäfte zur Verfügung. Der Dank für seine hohe vaterländische Gesinnung ist ihm gewiß. — Der Berliner Lokal-Anzeiger sagt: Das ist als das geschicklichste Faktum dieses Tages festzustellen: Herr Stresemann hat diesem Parlament der Willenslosigkeit das Gesetz der Handlung diktiert. — Der Tag führt aus: Der erste Kanzler seit Bethmann Hollweg, der eine Persönlichkeit war, ist zurückgetreten, in offener Selbstschlacht, die er gesucht, als erster der Kanzler des Reiches geführt. Gefallen als der Vertreter einer Politik, die zwischen den beiden Weltanschauungen links und rechts die Wage halten wollte. — Die Deutsche Zeitung meint: Heute, bei seinem Abgang, nimmt Stresemann für sich in Anspruch, gehandelt zu haben, während die Parteiführer sich in fruchtlosem Neben verzehrt hätten. — Die Deutsche Tageszeitung ruft ihm nach, er sei ein Opfer seiner nach allen Seiten auf Missionen eingestellten Politik geworden. — Die Kreuzzeitung betont: Stresemann habe vom ersten Tage an auf verlorenem Posten gekämpft.

Von den linksgerichteten Blättern sagt das Berliner Tageblatt: Dr. Stresemann hat in der Außenpolitik eine Reihe von Möglichkeiten angesprochen, und wir glauben, daß er berufen sein sollte, das anzusehen, was er begonnen hat. Nicht zum geringsten aus dem persönlichen Kredit heraus, den er sich dabei erworben hat. — Die Vossische Zeitung: Die Regierungskrise, in der wir uns befinden, ist herbeigeführt worden, ohne daß die Parteien sich von vornherein darüber klar waren, was sie an die Stelle der Regierung setzen wollten, deren Rücktritt parlamentarisch erzwingen werden sollte. — Der Vorwärts: Herr Stresemann ist daran gescheitert, daß seine staatsmännische Einsicht mit seiner großen Rednergabe nicht gleichen Schritt hielt. Zum mindesten war von ihm die Erkenntnis zu verlangen, daß eine Partei, auf deren Unterstützung er angewiesen war, nicht mit immer neuen Herausforderungen bearbeitet werden durfte.

Die Münchener Neuesten Nachrichten nennen es den schwersten Fehler Stresemanns, daß er sich nicht genügend von dem Einfluß der Sozialdemokratie freizumachen wußte. — Die Kölnische Zeitung urteilt: Deutschnationalen und Sozialdemokraten hatten den Sturz dieses Kanzlers gewünscht. Born und Beschämung über den parlamentarischen Kriecher gegen geistige und körperliche Gesundheit des eigenen Volkes lassen im Augenblick die Kritik noch nicht den richtigen Abstand zu den sachlichen und politischen Fragen der Krise gewinnen.

Ausland.

An England kommen sehr trübe Anschauungen ange-

sichts des Kanzlersturzes zum Ausdruck. Die „Times“ schreiben: Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen Stresemann zu kämpfen hatte, waren entsetzlich. Aber das unübersteigbare Hindernis, dem er gegenüberstand, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten. Es ist unüberwindbare Tatsache, daß Deutschland sich im Zusammenbruch befindet. Eine neue wirtschaftliche und politische Einheit ist im Begriff, in Erscheinung zu treten, im Herzen Europas beherrscht von Frankreich. Der Rest eines chaotischen Deutschland habe geringe Aussichten auf eine baldige Erholung. Ein neues Europa wird vor unseren Toren geschaffen.

Die französischen Blätter behaupten durchweg, Stresemann sei nicht wegen seiner Außenpolitik gestürzt worden, sondern wegen der innerpolitischen Schwierigkeiten. — Die monarchistische „Action Française“ bemerkt: Deutschland werde entweder zur Monarchie zurückkehren, oder der Anarchie verfallen; Frankreich müsse im Interesse seiner Sicherheit die Anarchie vorziehen. — Das „Journal“ führt aus: Stresemann habe nicht begriffen, daß er nur durch offenes Spiel außenpolitische Erfolge hätte erzielen können. Seine zweideutige Haltung bei der Einstellung des passiven Widerstandes habe es Frankreich unmöglich gemacht, ihm einen Waffenstillstand zu gewähren. — Der „Petit Parisien“ erklärt: Stresemann habe selbst durch Witzelzüge und Mangel an Moral seinen Sturz herbeigeführt.

v. Kardorffs Bemühungen gescheitert.

Berlin, 25. Nov. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der volksparteiliche Abgeordnete von Kardorff den Auftrag der Kabinettsbildung abgelehnt.

Doch ein Beamtenministerium unter Albert?

Berlin, 25. Nov. Nachdem der Versuch des Reichstagsabg. von Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gestern gescheitert war, hatte der Reichspräsident heute eine Besprechung mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Gessler über die Frage der Kabinettsbildung. Diese führte zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg hat. Der Reichspräsident hat nunmehr in einem Schreiben den früheren Reichsminister Dr. Albert gebeten, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Beamtenministerium oder Reichstagsauflösung.

Berlin, 25. Nov. Der „Montag-Morgen“ schreibt: Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist die Sozialdemokratie entschlossen, jedes sogenannte überparteiliche Kabinett mit einem Nichtparlamentarier an der Spitze nach den Erfahrungen mit Cuno abzulehnen. Sollte Herr Albert ein Kabinett zustandebringen und dies vor dem Reichstag keine Mehrheit erhalten, so ist Reichspräsident Ebert entschlossen, den Reichstag aufzulösen. Der „Montag-Morgen“ schreibt weiter: Die Weiterentwicklung der Dinge hängt davon ab, ob bei den Reichstagsfraktionen die Abneigung gegen ein Beamtenministerium oder die Scheu vor den Neuwahlen größer ist.

Deutsch-französisches Ruhrabkommen

Von besonderer Seite wird uns zu dem in Essen unterzeichneten Vertrag der deutschen Industriellen mit den Franzosen geschrieben: Zwei Monate sind vergangen, seitdem Deutschland den passiven Widerstand aufgab, seitdem nun Poincaré sein Wort einlösen sollte, daß er mit Deutschland zu Verhandlungen bereit sei. Aber er hat mit Deutschland überhaupt nicht verhandelt, hat die Reichsregierung ausgeschaltet und ist nur mit den Industriellen des besetzten Gebietes in Verhandlungen getreten, die wieder wochenlang dauerten. Auch hierin hat er sein Ziel erreicht: Hunger und Elend durch seinen Forderungen ebenso müde geworden wie die Arbeiterklasse. Beide hatten nur einen Wunsch, zu irgendeinem Ende zu kommen, hatten nur einen Wunsch, koste es was es wolle, Brot zu schaffen, den Betrieb wieder in Gang zu bringen, selbst unter Bedingungen, die vielleicht schon in kurzer Zeit eine Unmöglichkeit werden, zu einem neuen Zusammenbruch führen würden.

Poincaré konnte in der französischen Kammer triumphierend feststellen, daß die Unterhandlungen seiner Beauftragten mit den deutschen Industrievertretern zum Abschluß gekommen seien, und wenn man den Mitteilungen der französischen Blätter glauben darf, so sind die Unterhandlungen der deutschen Industriellen wirklich unter Bedingungen gesetzt worden, deren Erfüllung das deutsche Wirtschaftsleben — und zwar nicht nur das besetzte Gebietes — bis in den innersten Kern treffen. Freilich wird Poincaré, wie üblich, darauf hinweisen können, daß er eine außerordentliche „Nachgiebigkeit“ bewiesen habe; denn von den ursprünglich 150 Millionen Dollar „rückständiger“ Kohlensteuer, die Frankreich von den deutschen Kohlenzechen verlangte, ist man nicht grundsätzlich, aber doch wenigstens etwas herabgegangen, indem diese Kohlenzechen jetzt für die Zeit vom 1. Januar bis 1. September 1923 insgesamt „nur“ 15 Millionen Dollar, also 279 Millionen Franken, zum Tageskurs — also offenbar nicht sofort — nachzahlen müssen.

Dafür erhebt Frankreich eine Kohlensteuer von 10 Franken für den Verkauf jeder Tonne, was nach dem augenblicklichen Kohlenpreis eine Belastung von über 10 % ausmacht. Vor allem sichert sich aber Frankreich fast 1/3 der Kohlenförderung aus dem besetzten Gebiete, und zwar für die Zukunft, während die gesamten am 1. Oktober im Ruhrgebiet vorhandenen Kohlenmengen Eigentum der Alliierten bleiben sollen. Es läßt sich natürlich jetzt noch nicht sagen, ob diese Bestimmung nicht den Franzosen bzw. den Alliierten eine weit größere Menge von Kohlen zusprechen, als ihnen bisher geliefert worden sind. Zweifellos werden sie aber versuchen, ihre „Verluste“ während des Ruhrkampfes wieder wettzumachen.

Auch die gesamte Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet hält Frankreich hemmend und regulierend in der Hand; denn für alle Exportgüter müssen nach wie vor Ausfuhrscheine angefordert werden; metallurgische Produkte dürfen sogar nur erst dann ausgeführt werden, wenn die oben mitgeteilten rückständigen Kohlensteuern bezahlt sind. Von vornherein ist aber für diese Ausfuhr eine grundsätzliche Höchstgrenze dadurch gesetzt, daß nicht mehr ausgeführt werden darf, als das im Jahre 1922 geschehen ist. Selbstverständlich sind an diese Bestimmungen sehr erhebliche Strafen bei Nichtinhaltung geknüpft, denn die Franzosen wollen nun energisch die erzielte Position nach allen Seiten ausbauen.

Vielleicht hat man sich hier und da in Deutschland, besonders in Industriekreisen, der Hoffnung hingeben, daß man gegenüber der französischen Politik doch zu einer Verständigung mit der französischen Wirtschaft kommen könnte. Das Abkommen ist ein Vertrag „à la Versailles“. Es liefert die deutsche Industrie des Westens den Plänen der französischen Wirtschaftspolitik aus, wie der Westen den machtpolitischen Plänen ausgeliefert ist. Und nicht nur Poincaré hat sein Ziel erreicht, sondern auch die französische Schwerindustrie.

Die Unterzeichnung des Vertrages.

Das Abkommen ist zwischen dem Bergbauischen Verein und der französischen Vertretung abgeschlossen worden. Es ist ein Mantelvertrag. Im Rahmen dieses Vertrages sollen in den nächsten vierzehn Tagen die einzelnen Werte ihre Sonderabkommen zu treffen haben. Der Vertrag ist von Generaldirektor Voegler-Dortmund als bevollmächtigtem Vertreter des Bergbauischen Vereins in Essen unterzeichnet worden. Die Meldungen, die davon sprachen, daß Voegler lediglich im Namen einiger ihm nahestehender Bergwerksbesitzer unterzeichnet habe, sind unrichtig.

Zur Unterzeichnung des Industrievertrages

Essen, 24. November.

Zu der Unterzeichnung des Mantelvertrages des Bergbauischen Vereins mit den Franzosen schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung: Nach sechswochenentlichen Verhandlungen ist jedenfalls der Versuch gemacht worden, die Kohlenwirtschaft, die die Grundlage jeder Wirtschaft bildet, wieder in Fluß zu bringen. Wir freuen uns dieser Tatsache, glauben aber, in diesem Augenblick nochmals darauf hinweisen zu sollen, daß die wirtschaftlichen Bedenken in jeder Weise aufrecht erhalten werden müssen. Wir hoffen ja, daß es der Kommission gelungen ist, noch wesentliche Milderungen der Bedingungen zu erzielen. Nachdem nun aber die Grundlage geschaffen ist, auf der das Wirtschaftsleben wieder in Ordnung kommen kann, sollte man versuchen, aus dem vorläufigen Vertrag heraus und zu einer dauernden wirtschaftlichen Verständigung zu kommen. Ist auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden, dann sollte es nicht schwer fallen, Mittel und Wege zu finden, die nötig sind, um künftig dem Rheinland nach so langer Leidenszeit die Möglichkeit zu geben, die erforderlich ist, um die nötige Sicherheit und somit das Vertrauen in unsere Wirtschaft zu bringen. Unter diesen Voraussetzungen begrüßen wir den endlichen Abschluß.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Steuervorlagen.

Dem Reichstag gehen demnächst die neuen Steuervorlagen zu, die Reichsfinanzminister Luther im Reichstag ankündigte. Die Vermögenssteuer soll 5 pro Mille betragen. Die Umsatzsteuer wird auf 2 1/2 Prozent erhöht. Wichtig ist es, daß auch diejenigen steuerlich erfasst werden sollen, die angeblich von der Substanz leben. Der Aufwand des einzelnen soll als Kontrolle und Maßstab genommen werden. In vorliegenden Fällen sollen die Ausgaben des Steuerzahlers nachgeprüft werden, wenn sie mit den angegebenen Einnahmen nicht übereinstimmen. Eine Wohnungssteuer ist geplant. Doch stehen Einzelheiten über eine solche Steuer noch nicht fest.

Unterstützungen für Erwerbslose.

Die wochentäglichen Unterstützungssätze für Erwerbslose betragen für die Zeit vom 19.—24. November in Ortsklasse A für Männer über 21 Jahre 780, unter 21 Jahren 470, für Frauen über 21 Jahre 620, unter 21 Jahren 360; als Familienzuschläge für den Ehegatten 200, für jedes Kind und jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen 150 Milliarden Mark. In Ortsklasse B sind für die gleichen Gruppen die Zahlen, 730, 440, 580, 340, 190, 140; in Ortsklasse C 680, 410, 540, 320, 180, 130; in den Ortsklassen D und E 630, 380, 500, 300, 170, 120.

Strafverfolgung des Abg. v. Graefe?

Im Reichstage verlautete, daß General v. Seedi als Inhaber der vollziehenden Gewalt an den Reichstag das

Erfuchen gerichtet habe, der Aufhebung der Immunität des deutschvölkischen Abg. v. Graefe zuzustimmen, damit er wegen Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten strafrechtlich verfolgt werden könne.

Forderungen der bayerischen Regierung.

Die bayerische Staatsregierung hat eine Reihe programmatischer Forderungen zur Umgestaltung der Reichsverfassung und zur Änderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ausgearbeitet, die der künftigen Reichsregierung sofort nach ihrer Bildung mit dem Ersuchen um Zuangriffnahme zugehen werden. Die bayerische Regierung bezweckt mit diesem Vorgehen eine Unterstützung der von der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Anträge gleicher Art.

Rentenmarktagabe an Bayern.

Der bayerische Handelsminister hatte in Berlin Vorstellungen erhoben wegen der Versorgung der bayerischen Wirtschaft mit Rentenmark. Nimmere ist die Mitteilung in München eingetroffen, daß erhebliche Beträge von Rentenmark jetzt auch für die bayerische Landwirtschaft, Industrie und Handel an die Reichsbankstellen in Bayern gefandt worden sind.

Kontrolle des Handels in Bayern.

Die Landeswucherabwehrstelle beabsichtigt, mit umfassenden und scharfen Kontrollen vorzugehen, nachdem in den letzten Tagen die Klagen über die Auswüchse im Geschäftsleben sich außerordentlich vermehrt haben. Besonders wird über die übertriebenen Marktpreise, die Unterlassung von Auszeichnungen der Preise, das Anfordern wertbeständiger Zahlungsmittel und die Schließung von Geschäftsläden geklagt. Unter Umständen soll mit Geschäftsschließungen vorgegangen werden.

Hausfuchungen bei kommunistischen Abgeordneten.

In der Sitzung des thüringischen Landtages teilte Präsident Leber mit, daß bei den kommunistischen Abgeordneten Tenner, Dr. Neubauer und Frau Dunder Hausfuchungen stattgefunden haben. Auf Vorstellung des Präsidenten bei der zuständigen Reichswehrstelle wegen dieser Immunitätsverletzung wurde die Ansicht des Reichswehrkommandos dahin zum Ausdruck gebracht, daß sich die Immunität nicht auf die Privatwohnungen der Abgeordneten beziehe. Der Präsident richtete ein Protestschreiben an die Reichsregierung mit der Bitte, das Reichswehrkommando zur Immunitätsachtung aufzufordern.

Frankreich.

Vertrauensvotum für Poincaré. Der französische Ministerpräsident Poincaré hat in der Kammer eine große Rede gehalten. Im Verlauf seiner Rede kam Poincaré auf die Frage der Sicherheit Frankreichs zu sprechen. Poincaré erinnerte daran, daß kein Militärabkommen zwischen Amerika und England einerseits und Frankreich andererseits zustande gekommen ist. Poincaré wies vor allen Dingen darauf hin, daß zur französischen Sicherheit in erster Linie die Aufrechterhaltung der Allianz notwendig sei. Dann kam er auf die Haltung Frankreichs im Rheinland zu sprechen. Die französische Regierung sei darauf bedacht, im Rheinland schärfste Neutralität zu bewahren, habe allerdings kein Interesse daran, die Separatistbewegung im Rheinland zu belämpfen. Frankreich wünsche, daß Europa aus der Lage, in der es sich befindet, befreit werde. Dazu könne auch Deutschland zu seinem Teile beitragen. Poincaré sagte: Wir haben kein Interesse daran, uns Gebietsstücke einzuverleiben, die mit uns in keinem inneren Zusammenhang stehen. Schließlich wurde mit 500 gegen 70 Stimmen ein Vertrauensvotum für den Ministerpräsidenten angenommen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die am 30. November 1923 ablaufende Gültigkeitsdauer des deutsch-spanischen vorläufigen Handelsübereinkommens ist bis zum 31. Mai 1924 einschließlich verlängert worden.

Berlin. Im Reichstage ist ein Antrag eingegangen, unterzeichnet von Mitgliedern mehrerer Parteien, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen, die Verordnung über die Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 30. Oktober 1923 aufzuheben. Die Verordnung hat bekanntlich den lebhaften Widerspruch der Ärzte wachgerufen.

München. Von bayerischer Amtsstelle wird mitgeteilt, daß Verfahren wegen der Vorgänge vom 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig ist und daß eine Auslieferung der Schuldigen an den Staatsgerichtshof nicht in Frage kommt.

Brüssel. Der deutsche Geschäftsträger hat dem Minister des Auswärtigen das Bedauern der deutschen Regierung über

die Zwischenfälle in Leipzig ausgesprochen.

London. Der britische Arbeiterführer Benn Tillet erklärte in einer Rede, der englische Ausfuhrhandel sei verkrüppelt, weil infolge des Ruhrunternehmens England fast der ganze europäische Kohlen- und Eisenhandel weggenommen wurde. Ganz Europa liege infolge des Militarismus Frankreichs zu Boden.

Die deutschen Vertreter in Paris.

Darlegungen vor der Reparationskommission.

Die unter dem Vorsitz Barthou's tagende Reparationskommission empfing nach der Entscheidung vom 13. November die deutschen Vertreter, um sie über die

Leistungsfähigkeit Deutschlands

zu hören. Die deutsche Delegation setzte sich zusammen aus den Herren Staatssekretär Fischer - Kriegslastenkommission, Meyer - Litter - Kriegslastenkommission, Dr. Brandt - Reichsfinanzministerium, Dorn - Reichsfinanzministerium, Wolf - Reichsverkehrsministerium, Reichardt - Reichswirtschaftsministerium, Schaeffer - Reichswirtschaftsministerium, Simon - Auswärtiges Amt und Michaelis als Dolmetscher.

Staatssekretär Fischer gab zunächst einen Überblick über die Notlage Deutschlands auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet und ihre Ursachen und Rückwirkungen auf die deutsche Leistungsfähigkeit. Er hob den Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, erneut hervor. Er wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Wirtschaft die Finanzen in Ordnung bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder erwecken könnte.

Darauf gab der deutsche Delegierte eine eingehende Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und der Währung, wie z. B. die Umstellung der Staatseinnahmen auf Gold, die äußerste Einschränkung der Notenpresse. Er setzte darauf auseinander, daß die Notwendigkeit, diese Reformen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Eingreifen in die Sachlieferungsverträge gezwungen habe. Der deutsche Delegierte wies in eindringlichen Worten auf den ungeheuren Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortungsgefühl der Reparationskommission. Die Reparationskommission wird sich Dienstag wieder versammeln.

Die Rentenmark.

die wir untenstehend im Bilde vorführen, ist bekanntlich vor einigen Tagen ausgegeben worden, aber in so beschränktem Umfange und unter so ungünstigen Bedingungen, daß sie nicht nur im besetzten Gebiete überhaupt noch nicht erschienen, sondern auch im unbesetzten Gebiete nur vereinzelt anzutreffen ist. Auch in diesem Falle hat die Reichsbank wieder versagt und es durch die Art der Ausgabe möglich gemacht, daß Groß-Spekulanten mit der Rentenmark glänzende Geschäfte machten, während sie dem Volke, das sie bitter nötig hat, nicht zugänglich wurde. Inzwischen ist die Rentenmark auch für das besetzte Gebiet zugelassen, und es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß namentlich auch das besetzte Gebiet mit der Rentenmark bedacht wird, damit endlich die alte Geldwirtschaft im besetzten Gebiet auf eine gesündere Grundlage kommt. Vor allen Dingen ist zu fordern, daß das



besetzte Gebiet mindestens eben so sehr mit der Rentenmark bedacht wird wie das unbesetzte Gebiet, damit nicht im besetzten Gebiet das Gefühl der Zurückhaltung immer mehr Oberhand gewinnt. Ein wertbeständiges Zahlungsmittel ist namentlich deshalb erforderlich, weil sonst zu befürchten ist, daß die ganze Wirtschaft sowie auch die Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes in Frage gestellt wird. Von der Einführung der Rentenmark wird es abhängig sein, ob u. in welchem Umfange die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld erforderlich ist.

Die „Bestindustrie“ schreibt: Man wußte, daß man in Berlin beabsichtige, den Markkurs dem der New Yorker Börse anzupassen. Man wartete seit Tagen darauf. Dienstag, am Tage vor dem Feiertag, kam sprunghaft die Herabsetzung der Mark. Der Tag ist willkürlich gewählt. Alle, die darum mußten, haben Trillionen verdient, die große Masse ist wieder schwer geschädigt. Die neue Rentenmark ist an die großen Banken und an andere großen Häuser in Berlin, kurz, an der Regierung nahestehende Kapitalisten zu 600 Milliarden begeben. Heute ist der Wert jeder Mark amtlich 1 Billion. Bei der Begebung der Rentenmark wußte man sicherlich, daß man die Goldmark auf eine Billion steigern wolle. Man schenkt also um den ganzen Betrag der Rentenmarkausgabe (bis zu 500 Millionen) für jede Rentenmark 400 Milliarden Papiermark. Das deutsche Volk zahlt mit seinem Vermögen auch diese ungeheure Verschlebung.

Ein Fernbrief 80 Milliarden.

Abermalige sofortige Erhöhung der Postgebühren.

Die Postverwaltung erhöhte die seit dem 12. November geltenden und vom 20. November an verdoppelten Post- und Postfachgebühren mit dem 26. November nochmals.

Die Posti steigerten sich auf das achtfache der Sätze vom 12. November, das ist also das vierfache der jetzt geltenden Sätze. Die Erhöhung erstreckte sich auf sämtliche Hauptgebühren im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreibung, Vorzeigen von Aufträgen und Nachnahmen, Sitzstellung usw.). Der einfache Fernbrief kostet somit vom 26. November an 80 Milliarden, die Fernpostkarte 40 Milliarden, die Drucksache bis 25 Gramm 16 Milliarden und die Einschreibung 80 Milliarden Mark.

Für den Geldverkehr sind die Mindestgebühren bei Postanweisungen bis 25 Billionen 100 Milliarden Mark und steigen bis zu 2000 Milliarden bei Beträgen von 750—1000 Billionen, Zahlarten erfordern bis 25 Billionen 50 Milliarden Porto und werden steigert bis 1000 Milliarden Porto bei Beträgen von 750—1000 Billionen, für je weitere 250 Billionen 200 Milliarden mehr. Höchstgebühr für Bareinzahlungen mit Zahlarten 2000 Milliarden Mark, für bargeldlos beglichene Zahlarten 1000 Milliarden Mark.

Ausgeschlossen von der Erhöhung bleiben die Zeitungsgebühr, die Gebühr für Blindenschriftsendungen, die Versicherungsgebühr, die Gebühr für Anzeigen im Postfachverkehr, die Gebühren für Pakete nach dem Ausland und einige andere Nebengebühren.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 27. November 1923.

Preussisch-Schlesische Staatslotterie. Im Anschluß an die 22. (248.) Klassenlotterie gelangt, wie bereits früher kurz mitgeteilt wurde, eine einlässige wertbeständige Staatslotterie durch Auspielung von Stücken der Reichsgoldanleihe oder von anderen geeigneten wertbeständigen Zahlungsmitteln zur Durchführung. Die Auszahlung der Goldmarkgewinne erfolgt ohne jeden Abzug. In dieser aus 100 000 Losen bestehenden Lotterie werden 8000 Gewinne im Gesamtbetrage von 1 890 000 Goldmark ausgespielt. Der Hauptgewinn beträgt 210 000 Goldmark. Der Lospreis: 1/2 Los = 42 Goldmark, 1/4 Los = 21 Goldmark, 1/10 Los = 4,20 Goldmark kann in wertbeständigen Zahlungsmitteln jeder Art entrichtet werden. Gewinnziehung am 14. und 15. Dezember 1923.

Unglückliche Briefmarken. Mit Ablauf des Monats November 1923 verlieren alle Freimarken (auch Flugpostmarken) im Einzelwert von 100 M. bis 800 000 M. ihre Gültigkeit. In Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Serie mindestens Marken im Werte

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

12

Nachdruck verboten.

Ursprünglich hatte er nur die Absicht gehabt, den vielbesessenen Herrn wegen einer kirchenrechtlichen Frage in seiner Habilitationsschrift um eine kurze Auskunft anzugehen, dann aber hatte sich sein Besuch unversehens bis in den späten Nachmittag ausgezehrt.

Frau Pastor Hagedorn, froh ob der angenehmen Unterbrechung des täglichen Einerleis, hatte einen vorzüglichen Kaffee gekocht und dem Gast zu Ehren in der berühmten runden Weißbrotlaube des Pfarrgartens einen festlichen Kaffeetisch gedeckt.

Sie lag auf einer kleinen Anhöhe ganz am Ende des Gartens und führte den hübschen Namen „Sieh dich um“, weil allenthalben in die Laubenwände kleine Fensteröffnungen eingeschnitten waren, die den reizvollsten Ausblick auf die Kirche, den See und weite blühende Felder gewährten.

In angeregtem Geplauder waren die Stunden des Nachmittags wie im Fluge vergangen und die erste abendliche Dämmerung lag bereits auf der stillen Dorfstraße, als der Pfarrherr seinem Gast noch ein Stück Weges das Geleit gab.

„Ich freue mich aufrichtig“, sagte er beim Abschied, „daß die Frau Baronin in Herrn von Alsteden anscheinend einen sehr tüchtigen Mitarbeiter gefunden hat. Er hat auf mich einen ganz vorzüglichen Eindruck gemacht: Ein fester, energischer Mann, dabei lebenswürdig und feingebildet. Wie geht es übrigens Fräulein Hansen, ich höre, sie läge seit mehreren Tagen zu Bett?“

„Der Arzt hat ihr heute zum ersten Male erlaubt, wieder aufzustehen“, war die Antwort. „Ich habe sie mittags nur ganz flüchtig gesprochen. Sie sah noch immer recht angegriffen aus.“

„Ja, ja, mit dem Herzen ist nicht zu spaßen“, meinte der Pfarrherr, bedächtig den Kopf wiegend. „Und ich glaube, Fräulein Hansen hat schon in recht vielen Herzen Unheil angerichtet. Ich habe in ihrer Nähe das Gefühl, daß sie überall, wohin sie kommt, zum Mittelpunkt eines Romans werden müßte.“

In diesem Augenblick bog ein schlanker, junger Mann in einem schilfkleinen Sportanzug und hohen Widelgamaschen um die Ecke der Dorfstraße.

Er trug eine lange Angerkute und sonstiges Anglergerät über der linken Schulter und lästete im Vorbeigehen höflich den Hut.

Die beiden Herren sahen in ein kühl geschnittenes, schönes Gesicht mit einem Paar seltsam unsterblicher grauer Augen. Im Gang und Haltung des Fremden lag ein sicherer Anstand und eine natürliche Vornehmheit, die unwillkürlich die Aufmerksamkeit auf sich zog.

„Ein Berliner Herr, der seit einiger Zeit im Krug wohnt und ein leidenschaftlicher Angler sein soll“, bemerkte der Pfarrherr auf einen fragenden Blick Dr. Reinwaldts. „Sie sehen, lieber Doktor, Pawlowik entwickelt sich allmählich noch zu einer Berliner Sommerfrische.“

Als Dr. Reinwaldt ins Schloß zurückkam, brannten im Musikzimmer schon die Lampen.

Die Baronin stand in ein Notenheft vertieft am Flügel und empfing ihn mit einer freundlichen kleinen Strafpredigt, daß er das Abendbrot versäumt habe und nun allein auf seinem Zimmer nachherzerieren müsse; niemand kümmere sich mehr um die Hausordnung. Herta sei einfach bei Trude Wartentin über Nacht geblieben und Herr von Alsteden halte es offenbar nicht mehr für nötig, seine einsiedlerische Abgeschlossenheit im Kavalierhaus zu entschuldigen.

Auch Herta stimmte in diese Vorwürfe mit ein.

Sie saß in einem fließenden weißen Boilett in einem Korbessel am Fenster.

Ihr blondes Haar leuchtete wie ein Feuerbrand aus dem gedämpften Halbbüchel der tiefen Nische.

Sie sah wunderbar schön aus, wie ein Bild von Gainsborough, dachte der junge Gelehrte unwillkürlich, und gab sich sichtlich Mühe, heiter und unbefangenen zu erscheinen, und doch lag in ihren blauen Augen ein seltsam oegualter Ausdruck, der das seine Gesicht mit einer dunklen Wolke hilfloser Angst überschattete.

Auch die Unterhaltung schleppte sich nur müde und gezwungen dahin.

Herta gab ein paar Mal ganz geistesabwesende Antworten, als ob sie ihre Gedanken von dem eigentlichen Gesprächsgegenstand weitab spazieren führte.

Dr. Reinwaldt setzte sich endlich an den Flügel und spielte eine Fantasie über das Chopinsche Nocturno in Es-Dur, dessen süßer, heimwehtranker Melodie seine besondere Liebe gehörte.

Dann stand er wieder auf und bat, sich zurückziehen zu dürfen; er habe noch einen dringenden Brief zu schreiben und wolle auch die von Pastor Hagedorn für seine Arbeit empfangenen Anregung noch in einigen kurzen Notizen niederlegen.

In seinem Zimmer warf er sich auf sein Sofa und überdachte mit der ihm eigenen scharfsinnigen und vorsichtig aufbauenden Betrachtungsweise bei einer Zigarre noch einmal die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit.

Es stand für ihn außer allem Zweifel, daß irgendein störendes Element in die Harmonie des kleinen Pawlowiker Idylls gekommen, wenn er sich auch alles Nachdenkens ungeachtet nicht darüber Rechenschaft zu geben vermochte, wen er der Ueberbacht in dieser geheimen Spannung beschuldigen sollte.

Herta war durch ihre Erkrankung eine volle Woche lang an ihr Zimmer gefesselt gewesen, ebenso wie auch der vielbeschäftigte Alsteden für seine psychologischen Betrachtungen von vornherein ausscheiden mußte.

Die Baronin begegnete ihrer Umgebung stets mit der gleichen Güte und Freundlichkeit, und die beiden jungen Mädchens traten gesellschaftlich viel zu sehr zurück, um für die Bildung der allgemeinen Stimmung überhaupt in Betracht zu kommen.

Das ganze Leben im Schloß verlief äußerlich völlig im alten Geleise und schien ihm doch von Grund aus verändert; eine Veränderung, die seiner Beobachtung nach übrigens von allen Beteiligten, wenn auch vielleicht noch nicht mit der gleichen Unmittelbarkeit empfunden wurde.

Mit einer unmutigen Gebärde legte er endlich seine Zigarre wieder beiseite und trat an seinen Schreibtisch, um sich durch die Beschäftigung mit seiner Dozentenarbeit gewaltsam zu andern Gedanken zu zwingen.

In diesem Augenblick schlug ein leise schlurfender Ton an sein Ohr, als ob sich jemand vorsichtig an seiner Tür vorbeizuschleichen suchte.

Zu anderer Zeit würde er vielleicht kaum darauf geachtet haben, in der merkwürdig gespannten Stimmung des heutigen Abends jedoch erschien ihm auch das geringste Geräusch seltsam und geheimnisvoll.

Mit einer raschen Bewegung löschte er seine Lampe aus und öffnete dann unhörbar seine Zimmertür.

Der Korridor lag still und verlassen wie ein düsterer Tunnel in nachtschwarzer Finsternis.

Kleine Nachrichten.

Kardorff mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 24. November. Wie nachmittags bekannt wurde, beauftragte der Reichspräsident den vormaligen Abgeordneten von Kardorff mit der Bildung des neuen Kabinetts. Herr von Kardorff hat sich eine Bedenkzeit ausgesprochen. Das Zustandekommen einer Kabinettsbildung durch Herrn von Kardorff hängt davon ab, wie sich die beiden Oppositionsparteien, die Dr. Stresemann-Fürzler, die Deutschen Nationalen und die Sozialdemokraten, zu der Betrauung des Herrn von Kardorff stellen.

Die Beamtenspitzenorganisation zum Personal-Abbau.

Berlin, 24. November. Die Spitzenorganisation der Beamten trat am 24. November erneut zu einer Beratung über den Personalabbau zusammen. Die mehrstündige Besprechung ergab Einmütigkeit darin, sofort gemeinsame Schritte zu unternehmen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Personalabbauverordnung aufzuheben und an deren Stelle eine gesetzliche Regelung herbeizuführen. Mit der Ausführung der einstimmig gefassten Beschlüsse wurde ein sofort eingesetzter Ausschuss beauftragt.

Goldmarksteuern in Preußen.

Berlin, 24. November. Der ständige Ausschuss des preussischen Landtages erhöhte den Finanzbeitrag für Preußen auf 200 Millionen Goldmark. Er stimmt außerdem einer Reihe von Verordnungen zu, u. a. einer Verordnung, die bestimmt, daß eine Reihe von Stempelabgaben für Pacht- und Mietverträge über unbewegliche Sachen wegen der Geringfügigkeit ihres Ertrages nicht mehr erhoben werden sollen. Durch zwei Aufhebungsverordnungen werden die Staatssteuern, Umlagen, Abgaben usw. auf Goldmark umgestellt. Eine Verordnung über die Vereinfachung der Verwaltung der Provinzialabgaben ermächtigt den Minister, dem Provinzialausschuss die Zuständigkeit des Provinziallandtages auf Antrag zu übertragen.

Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung.

Berlin, 24. November. In der abgelaufenen Berichtswoche (beginnend mit Sonnabend, dem 17. und endend mit Freitag, dem 23. November) hat der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung eine weitere Erhöhung erfahren. Der „Goldmarkindex“ stieg von 141,76 in der Vorwoche auf 149,67, also um 5,6 %. In der gleichen Zeit fiel der Außenwert der Mark, gemessen am Dollar, dessen wochen durchschnittlicher Mittelfuß in Berlin von 1400 Milliarden auf 3528 Milliarden stieg, um 152,2 %, für Entwertungsfaktor der Mark (Dollargoldmark 4,198 Mark gleich 1 Dollar) stellte sich entsprechend auf 840,4 Milliarden. In Verbindung mit der Erhöhung der Gold-

preise erfuhr die Papiermarkindexziffer (über den amtlichen Berliner Kurs errechnet) eine die Devisenkurserhöhung übertreffende Steigerung.

„Freigabe“ des Ludwigshafener Postamtes.

Ludwigshafen, 24. November. Das Postamt in Ludwigshafen, das gestern von den Separatisten besetzt und gesperrt war, ist für den Betrieb wieder freigegeben worden. Die Separatisten sind aus dem Amt wieder abgezogen.

Wegen Verteidigung des Reiches verurteilt.

Kaiserslautern, 24. November. Von dem Militärgericht in Kaiserslautern wurden insgesamt 63 Personen, die im Abwehrkampf gegen die Separatisten standen, zu Gefängnisstrafen von mindestens einem Monat verurteilt. In Landau wurden 9 Personen von den Franzosen wegen Vergehens gegen die Separatisten verhaftet und in das Militärgefängnis eingeliefert. In Worms wurden 8 Personen von den Franzosen verhaftet.

Abkommen mit den Lederindustriellen.

Paris, 24. November. Nach einer Meldung aus Koblenz hat der Ausschuss der Besatzungsbehörden für die Auslieferung von Ausfuhrscheinen am 20. November mit den Vertretern der Leder- und Säume-Industriellen im besetzten Gebiet ein Abkommen getroffen.

Nächste Tagung des Völkerbundes am 10. Dezember.

London, 24. November. Die nächste Tagung des Völkerbundes wird voraussichtlich am 10. Dezember in Genf eröffnet werden.

Börsen und Handel.

In Millionen M. Was kosten fremde Werte? In Millionen M.

Börsenplätze	24. 11.		23. 11.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1598 000	1604 000	1598 000	1604 000
Dänemark 1 Kr.	728 075	731 925	728 075	731 925
Schweden 1 Kr.	1105 230	1110 770	1105 230	1110 770
Norwegen 1 Kr.	618 450	621 550	618 450	621 550
Finnland 1 Mk.	111 720	112 280	111 720	112 280
Amerika 1 Doll.	4189500	4210500	4189500	4210500
England 1 Pf.	17955 000	18045 000	17955 000	18045 000
Schweiz 1 Fr.	730 170	733 830	730 170	733 830
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	179 550	180 450	179 550	180 450
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	58 653	58 947	58 653	58 947
Ungarn 1000 Kr.	217 455	218 545	217 455	218 545

Deutsche Werte am 24. November.

Eine Rentenmark 1 Billion Papiermark
Dollarschuldenscheine keine Notierung
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich 4200 Milliarden Papierm.
Ein Goldpfennig 10
Eine Goldmark 1000

* Devisen wurden in Berlin am 24. November von der halbamtlichen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 20 895 G. 22 105 B.; Kattowitz 1580 G. 1620 B.; Riga 16 872 G. 17 128 B.; Reval 11 910 G. 12 090 B.; Romno 415 800 G. 424 200 B. Notennotierungen: Lit. 408 975 G. 411 025 B.

* Ausgabe von Silbermünzen in Österreich. Die Regierungsvorlage über die Ausprägung und Ausgabe von Silbermünzen wurde veröffentlicht. Die Vorlage sieht die Ausprägung von drei Münzwerten, von 5000 Kronen mit der Bezeichnung Halbschilling, von 10 000 Kronen mit der Bezeichnung Schilling und von 20 000 Kronen mit der Bezeichnung Doppelschilling vor.

* Berliner Schlachtviehmarkt vom 24. November. Auftrieb: 2333 Rinder, 549 Bullen, 546 Ochsen, 1238 Kühe und Ferkel, 856 Kälber, 3450 Schafe, 2402 Schweine, 27 Ziegen, 88 Memelschweine. Verkauf des Marktes: Bei Rindern und Schafen ruhig, bei Schweinen flaut. Ausgefachte Ware aller Gattung über Notiz. (Bei Rindern und Schafen blieb überhand: Preise: Ochsen 800-850, Bullen 750-800, Kühe und Ferkel 700-850, Greiser 400-550, Kälber 900-1000, Schafe 850-1100, Weiden. Schafe 950-1100, Schweine 1000 bis 1105, Ziegen 350-450. Richtpreise wurden nicht festgesetzt. Es herrschte freier Handel. Gehandelt wurde in Papiermark. Preise: Milliarden Mark pro Pfund Lebendgewicht.

* Berliner Produktbörse vom 24. November 1923. Amtlich festgesetzte Preise. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst 100 Kilogramm. In Goldmark und Goldanleihe oder in Rentenmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe): Weizen märkischer 192-193. St. H. Roggen märkischer 178-180. Abgeschwächt. Sommergerste 177-181. Weizen. Hafer märkischer 160-162. St. H. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto incl. Sach (feinste Marken über Notiz) 32-34. St. H. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto incl. Sach 30-32. St. H. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 8. Rubig. Naps 320-335. Fein. Viktoriaerbsen 43-52, kleine Speiserbsen 33-36, Pelusiden 17-19, Seradella 20-23, Napskuchen 13-13,50, Erbsenschnitzel 8. Lorimelasse 30-70 7,50-8, Karioffelsoden 16,50-17. Raufutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Raufutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drabagepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80-1,00, desgl. Haferstroh 0,70-0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70-0,90, bindabengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60-0,70. Häcksel 1,90, handelsüb. Heu 0,80-0,90, gutes Heu 1,10-1,20.

Berlin, 26. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Nachruf!

Am 26. 11. starb nach schwerem Leiden der langjährige Schul- und Armenarzt der Gemeinde Kierspe,

Herr Sanitätsrat

Dr. Friedr. Deisting

in Kierspe.

Mehr als 4 Jahrzehnte hat er segensreich in der Gemeinde gewirkt.

In seiner Tätigkeit als Arzt und Mensch ist er zahlreichen Gemeinde-Eingesessenen ein Wohltäter gewesen.

Die Gründung der Molkerei, der Bäuerlichen Bezugs- und Absatz-Genossenschaft, des Bau-Vereins, der Spar- und Darlehnskasse, der Firma Dr. Deisting & Co. sind sein Werk. Der Jugendpflanz war er ein eifriger Förderer.

Der Gemeinde-Vertretung, der Amts-Versammlung und zahlreichen anderen Kommissionen hat er jahrelang als rege tätiges Mitglied angehört. Sieben Jahre bekleidete er das Amt eines stellvertretenden Gemeindevorstehers mit grosser Uneigennützigkeit.

Kurz vor seinem Tode vollendete er die Geschichte der Gemeinde Kierspe, ein wissenschaftliches Werk, das seinem Schöpfer eine dankbare Nachwelt sichert.

In seinem Leben war er ein Muster von Mässigkeit und Anspruchslosigkeit.

Die Gemeinde wird das Andenken dieses aufrechten Mannes allezeit in Ehren halten.

Kierspe, den 26. Nov. 1923.

Der Amtmann:

Hiltebrandt.

Statt besonderer Anzeige.



Mein lieber Mann, unser geliebter Vater, mein treusorgender Grossvater und bester Freund, der

Sanitätsrat Dr. med. F. Deisting

hat nach langem, schweren Leiden im Alter von fast 68 Jahren die ersehnte Ruhe gefunden.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Anna Deisting

geb. Rose,

Otto vom Braucke

und Frau Frieda

geb. Deisting,

Werner Schmidtman.

Kierspe, den 25. November 1923.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Im Sinne des Entschlafenen bitten wir von Kranzspenden und Beileidsbesuchen abzusehen.



Nachruf!

In der Nacht von Sonntag auf Montag verschied nach schwerem Leiden, unser

Ehrenmitglied

Sanitätsrat Dr. Deisting

Seine Tätigkeit war ein Wendepunkt in der Geschichte unseres Vereins für die wir dankbar seiner oft gedenken müssen.

Friede seiner Asche!

Turnverein Kierspe

e. V. 1879.

Die Turngenossen versammeln sich Mittwoch nachmittags 3 Uhr am Vereinslokal.

Bekanntmachung.

Die Staatssteuerrolle über die Steuer vom Grundvermögen der Gemeinde Kierspe liegt von Dienstag, den 27. November ds. Js. an eine Woche lang auf dem Amt, Zimmer 3 zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen. Auf die an den öffentlichen Stellen ausgehängte Bekanntmachung über die staatliche Steuer vom Grundvermögen des Vorliegenden des Grundsteueranlasses in Meinerzhagen wird noch besonders hingewiesen.

Kierspe, den 22. November 1923

Der Amtmann: Hiltebrandt

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weiterer Kreise kommen sollen, finden durch den

Allgemeinen Anzeiger

und **Schalksmühler General-Anzeiger**

die denkbar beste Verbreitung.

Abreiß-Kalender



empfehlen

Wilhelm Bell jr.,
= Halver i. Westf. =

Milchverfandscheine

mit und ohne Namensdruck
Wilh. Bell jr., Halver.

Gepaard ohne Kind
Beamt, sucht in Halver
oder Nähe 1 oder 2
einf. möbl. Zimmer
mit Kochgelegenheit
für 2 Monat.

Näheres: Müller,
Versorgungshaus Halver.

Für unser Hauptbüro
suchen wir ein

Lehrfräulein
per sofort oder später.
Aluminium- u. Metallwerke
Degehardt & Sippel,
Halver i. Westf.



Gut genährte

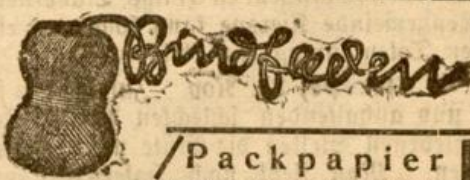
Schlachtpferde

werden zu Konkurrenz-
losen Preisen angekauft
Bei Unglücksfällen Trans-
portwagen zur Verfügung.
Nach Nachts telefonisch
zu erreichen

Rohschlächterei
Albert Pitten,
Hagen i. W.
Wilh.-Str. 2 Tel. 176



Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!



Bestellt zu ausserst kalkulierten Preisen
August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl.
HAGEN i. W. Kontor: Körnerstraße 12.
Fonograf: Nr. 3918.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres
lieben Entschlafenen sagen wir allen,
insbesondere dem Herrn Pastor Dr.
Groß-Dresselhaus für seine trostreichen
Worte unsern
innigsten Dank.
Familie Setzepfand.